



**H&K AG**

**Sitz: Oberndorf am Neckar**

ISIN: DE000A11Q133

## **Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung**

Wir laden die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

**am Mittwoch, 9. Juli 2025, um 10:00 Uhr (MESZ)**

stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein, die als **virtuelle** Hauptversammlung ohne die Möglichkeit der physischen Präsenz der Aktionäre oder ihrer Bevollmächtigten am Ort der Hauptversammlung (mit Ausnahme des von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreters) abgehalten wird.

### **I. Virtuelle Hauptversammlung ohne physische Präsenz der Aktionäre oder ihrer Bevollmächtigten am Ort der Hauptversammlung**

Der Vorstand hat auf Grundlage von Ziff. 13.4 der Satzung der Gesellschaft entschieden, dass die Hauptversammlung am 9. Juli 2025 ohne physische Präsenz der Aktionäre oder ihrer Bevollmächtigten am Ort der Hauptversammlung als virtuelle Hauptversammlung gemäß § 118a AktG abgehalten wird. Eine physische Präsenz der Aktionäre oder ihrer Bevollmächtigten (mit Ausnahme des von der Gesellschaft benannten weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreters) am Ort der Hauptversammlung ist daher ausgeschlossen.

Die gesamte Hauptversammlung wird für die angemeldeten Aktionäre und ihre Bevollmächtigten im zugangsgeschützten Internetservice zur Hauptversammlung ("**HV-Portal**") unter

<https://www.heckler-koch.com/de/Investor%20Relations/Hauptversammlung>

in Bild und Ton übertragen.

Die Hauptversammlung findet in Anwesenheit des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, der Mitglieder des Vorstands, des von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreters sowie eines mit der Niederschrift der Hauptversammlung beauftragten Notars statt. Ort der

Hauptversammlung im aktienrechtlichen Sinn sind die Geschäftsräume der Gesellschaft, Heckler & Koch-Straße 1, 78727 Oberndorf am Neckar.

Die Durchführung der ordentlichen Hauptversammlung als virtuelle Hauptversammlung führt gegenüber Präsenzhauptversammlungen zu Modifikationen in den Abläufen der Hauptversammlung und bei der Ausübung von Aktionärsrechten. Wir bitten unsere Aktionäre daher um besondere Beachtung der weiteren Angabe und Hinweise zur Hauptversammlung in Abschnitt III. dieser Einladung.

## **II. Tagesordnung und Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungsgegenständen**

### **1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des gebilligten Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2024, des Konzernlageberichts für das Geschäftsjahr 2024, des Vorschlags des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns sowie des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024**

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 Satz 1 AktG festgestellt. Eine Beschlussfassung durch die Hauptversammlung ist daher gemäß den gesetzlichen Bestimmungen nicht erforderlich. Die genannten Unterlagen sind von der Einberufung der Hauptversammlung an und bis zu deren Schließung über die Internetseite der Gesellschaft unter

<https://www.heckler-koch.com/de/Investor%20Relations/Hauptversammlung>

zugänglich.

### **2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im festgestellten Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von EUR 210.655.967,55 wie folgt zu verwenden:

- Ausschüttung einer Dividende in Höhe von EUR 0,06 je dividendenberechtigter Stückaktie, das entspricht bei 35.482.784 dividendenberechtigten Stückaktien einem Gesamtbetrag von EUR 2.128.967,04,
- Vortrag des Restbetrags in Höhe von EUR 208.527.000,51 auf neue Rechnung.

Die Auszahlung der beschlossenen Dividende erfolgt am 18. Juli 2025.

Vorstehender Gewinnverwendungsvorschlag beruht auf der Anzahl der im Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser Einladung für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 dividendenberechtigten Stückaktien. Sollte sich die Anzahl der dividendenberechtigten Aktien bis zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Verwendung des

Bilanzgewinns ändern, werden Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung weiterhin die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von EUR 0,06 je dividendenberechtigter Stückaktie vorschlagen. Der Gesamtbetrag der auszuschüttenden Dividende und der auf neue Rechnung vorzutragende Betrag ändern sich in einem solchen Fall hingegen entsprechend.

### **3. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Geschäftsjahr 2024 amtierenden Mitgliedern des Vorstands für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen.

### **4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Geschäftsjahr 2024 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen.

### **5. Beschlussfassung über die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2025**

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2025 zu wählen. Diese soll auch die etwaige prüferische Durchsicht unterjähriger Finanzberichte vornehmen, sofern eine solche Durchsicht vor der ordentlichen Hauptversammlung 2026 erfolgt.

### **6. Beschlussfassung über die Änderung der Aufsichtsratsvergütung**

Die satzungsgemäß von der Hauptversammlung der Gesellschaft zu beschließende Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wurde letztmals durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2020 festgelegt. Neben der Abschaffung der bislang erfolgten Anrechnung von Vergütungen, die ein Mitglied des Aufsichtsrats im Aufsichtsrat, Beirat oder einem ähnlichen Aufsichtsrats- oder Beratungsgremium eines Tochterunternehmens bezieht, soll die Vergütung in Anbetracht der gestiegenen inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen an die Aufsichtsratsstätigkeit sowie mit Blick auf die Inflationsentwicklung in den Jahren seit der letzten Beschlussfassung angehoben werden.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen deshalb vor, zu beschließen:

*"Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird mit Wirkung ab 01.01.2025 auf EUR 60.000,00 jährlich festgesetzt. Abweichend davon erhält der Aufsichtsratsvorsitzende EUR 120.000,00 jährlich und der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende EUR 90.000,00 jährlich. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehört haben, erhalten die vorgenannten Beträge nach Maßgabe von Ziffer 12.2 der Satzung der Gesellschaft pro rata temporis. Die Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats wird nicht gesondert vergütet. Eine Anrechnung von Vergütungen, die ein Mitglied des Aufsichtsrats im*

*Aufsichtsrat, Beirat oder einem ähnlichen Aufsichts- oder Beratungsgremium eines Tochterunternehmens der Gesellschaft bezieht, erfolgt nicht."*

## **7. Wahl zum Aufsichtsrat**

Der Aufsichtsrat der H&K AG setzt sich gemäß §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 AktG und Ziff. 8.1 der Satzung der Gesellschaft aus drei von der Hauptversammlung zu wählenden Mitgliedern zusammen. Frau Dr. Regina Engelstädter hat ihr Amt als Mitglied des Aufsichtsrats mit Wirkung zum Ablauf der Hauptversammlung vom 9. Juli 2025 niedergelegt und wird zu diesem Zeitpunkt aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft ausscheiden.

Als Nachfolger von Frau Dr. Engelstädter soll Herr Julian Whitehead zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt werden. Herr Whitehead war in maßgeblichen Führungspositionen bei Unternehmen im Verteidigungssektor tätig und zeichnete zuletzt für die Leitung des Bereichs „Global Business and Strategic Programms“ bei Airbus Defence and Space verantwortlich. Herr Whitehead verfügt deshalb über jahrzehntelange Erfahrungen in der Verteidigungsindustrie, die er im Interesse der H&K AG in die Arbeit des Aufsichtsrats einbringen wird.

Vor diesem Hintergrund schlägt der Aufsichtsrat vor, folgenden Wahlbeschluss zu fassen:

Herr Julian Whitehead, Präsident des Verwaltungsrats der Kireap Group AG, wohnhaft in Letchworth Garden City, England, Vereinigtes Königreich, wird zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt, und zwar mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung am 9. Juli 2025 bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2027 beschließt.

Die Wahl von Herrn Whitehead zum Mitglied des Aufsichtsrats soll in Übereinstimmung mit Ziff. 8.2 Satz 3 der Satzung der Gesellschaft für den Rest der Amtszeit von Frau Dr. Engelstädter erfolgen. Der Lebenslauf von Herrn Whitehead ist von der Einberufung der Hauptversammlung an und bis zu deren Schließung über die Internetseite der Gesellschaft unter

<https://www.heckler-koch.com/de/Investor%20Relations/Hauptversammlung>

zugänglich.

**8. Bestätigungsbeschlüsse gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend mehrere von den Hauptversammlungen am 3. August 2022, am 20. Juni 2023 sowie am 1. Oktober 2024 gefasste Beschlüsse**

**a) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 2 gefassten Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 2 den Beschluss gefasst, den im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von EUR 135.696.462,55 vollständig auf neue Rechnung vorzutragen. Der Gewinnverwendungsbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die vom Oberlandesgericht Stuttgart mit Urteil vom 26. Juli 2024 (Aktenzeichen 20 U 44/23) abgewiesen wurde; das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart ist zum Zeitpunkt der Einberufung dieser Hauptversammlung noch nicht rechtskräftig, da das Verfahren beim Bundesgerichtshof (Aktenzeichen II ZR 102/24) anhängig ist. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 8 lit. e) und am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 7 lit. e) beschlossen, den angefochtenen Beschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG zu bestätigen. Die Bestätigungsbeschlüsse wurden ebenfalls angefochten und die Anfechtungsklageverfahren sind noch nicht rechtskräftig beendet. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 2 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Der im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von EUR 135.696.462,55 wird vollständig auf neue Rechnung vorgetragen.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

**b) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 3 gefassten Beschluss der Hauptversammlung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 3 den Beschluss gefasst, den im Geschäftsjahr 2021 amtierenden Mitgliedern des Vorstands für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen. Der Entlastungsbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die vom Oberlandesgericht Stuttgart mit Urteil vom 26. Juli 2024 (Aktenzeichen 20 U 44/23) abgewiesen wurde; das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart ist zum Zeitpunkt der Einberufung dieser Hauptversammlung noch nicht rechtskräftig, da das Verfahren beim

Bundesgerichtshof (Aktenzeichen II ZR 102/24) anhängig ist. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 8 lit. f) und am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 7 lit. f) beschlossen, den angefochtenen Beschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG zu bestätigen. Die Bestätigungsbeschlüsse wurden ebenfalls angefochten und die Anfechtungsklageverfahren sind noch nicht rechtskräftig beendet. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 3 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Den im Geschäftsjahr 2021 amtierenden Mitgliedern des Vorstands wird für dieses Geschäftsjahr Entlastung erteilt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

**c) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 4 gefassten Beschluss der Hauptversammlung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 4 den Beschluss gefasst, den im Geschäftsjahr 2021 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen. Der Entlastungsbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die vom Oberlandesgericht Stuttgart mit Urteil vom 26. Juli 2024 (Aktenzeichen 20 U 44/23) abgewiesen wurde; das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart ist zum Zeitpunkt der Einberufung dieser Hauptversammlung noch nicht rechtskräftig, da das Verfahren beim Bundesgerichtshof (Aktenzeichen II ZR 102/24) anhängig ist. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 8 lit. g) und am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 7 lit. g) beschlossen, den angefochtenen Beschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG zu bestätigen. Die Bestätigungsbeschlüsse wurden ebenfalls angefochten und die Anfechtungsklageverfahren sind noch nicht rechtskräftig beendet. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 4 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Den im Geschäftsjahr 2021 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats wird für dieses Geschäftsjahr Entlastung erteilt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

**d) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend die am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 6 gefassten Beschlüsse der Hauptversammlung über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 6 die Beschlüsse gefasst, Herrn Dr. Rainer Runte und Frau Dr. Regina Engelstädter zu Mitgliedern des Aufsichtsrats zu wählen. Die Wahlbeschlüsse sind Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die vom Oberlandesgericht Stuttgart mit Urteil vom 26. Juli 2024 (Aktenzeichen 20 U 44/23) abgewiesen wurde; das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart ist zum Zeitpunkt der Einberufung dieser Hauptversammlung noch nicht rechtskräftig, da das Verfahren beim Bundesgerichtshof (Aktenzeichen II ZR 102/24) anhängig ist. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 8 lit. h) und am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 7 lit. h) beschlossen, die angefochtenen Beschlüsse gemäß § 244 Satz 1 AktG zu bestätigen. Die Bestätigungsbeschlüsse wurden ebenfalls angefochten und die Anfechtungsklageverfahren sind noch nicht rechtskräftig beendet. Vor diesem Hintergrund schlägt der Aufsichtsrat vor, die folgenden Beschlüsse zu fassen:

- aa) Der am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 6 lit. a) von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Herr Dr. Rainer Runte, Rechtsanwalt am Münchener Standort der Sozietät CMS Hasche Sigle Partnerschaft von Rechtsanwälten und Steuerberatern mbB mit Sitz in Berlin, wohnhaft in München, wird zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt, und zwar mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2022 beschließt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

- bb) Der am 3. August 2022 unter Tagesordnungspunkt 6 lit. b) von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Frau Dr. Regina Engelstädter, Rechtsanwältin und Notarin am Frankfurter Standort der Sozietät Paul Hastings (Europe) LLP mit Sitz in London, wohnhaft in Frankfurt am Main, wird zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt, und zwar mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2022 beschließt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

Die Lebensläufe von Herrn Dr. Rainer Runte und Frau Dr. Regina Engelstädter sind von der Einberufung der Hauptversammlung bis zu deren Schließung über die Internetseite der Gesellschaft unter

<https://www.heckler-koch.com/de/Investor%20Relations/Hauptversammlung>

zugänglich.

**e) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 3 gefassten Beschluss der Hauptversammlung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 3 den Beschluss gefasst, den im Geschäftsjahr 2022 amtierenden Mitgliedern des Vorstands für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen. Der Entlastungsbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Oberlandesgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 20 U 20/24 geführt wird. Das Landgericht Stuttgart hatte als erstinstanzlich zuständiges Gericht die Beschlussmängelklage mit Urteil vom 16. April 2024 vollumfänglich abgewiesen. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 7 lit. i) beschlossen, den angefochtenen Beschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG zu bestätigen. Der Bestätigungsbeschluss wurde ebenfalls angefochten und das Anfechtungsklageverfahren ist noch nicht rechtskräftig beendet. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 3 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Den im Geschäftsjahr 2022 amtierenden Mitgliedern des Vorstands wird für dieses Geschäftsjahr Entlastung erteilt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

**f) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 4 gefassten Beschluss der Hauptversammlung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 4 den Beschluss gefasst, den im Geschäftsjahr 2022 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen. Der Entlastungsbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Oberlandesgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 20 U 20/24 geführt wird. Das Landgericht Stuttgart hatte als erstinstanzlich zuständiges Gericht die Beschlussmängel-

klage mit Urteil vom 16. April 2024 vollumfänglich abgewiesen. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 7 lit. j) beschlossen, den angefochtenen Beschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG zu bestätigen. Der Bestätigungsbeschluss wurde ebenfalls angefochten und das Anfechtungsklageverfahren ist noch nicht rechtskräftig beendet. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 4 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Den im Geschäftsjahr 2022 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats wird für dieses Geschäftsjahr Entlastung erteilt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

**g) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 5 gefassten Beschluss über die Wahl des Abschlussprüfers**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 5 den Beschluss gefasst, die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 zu wählen. Der Wahlbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Oberlandesgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 20 U 20/24 geführt wird. Das Landgericht Stuttgart hatte als erstinstanzlich zuständiges Gericht die Beschlussmängelklage mit Urteil vom 16. April 2024 vollumfänglich abgewiesen. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 7 lit. k) beschlossen, den angefochtenen Beschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG zu bestätigen. Der Bestätigungsbeschluss wurde ebenfalls angefochten und das Anfechtungsklageverfahren ist noch nicht rechtskräftig beendet. Vor diesem Hintergrund schlägt der Aufsichtsrat vor, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 5 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, wird zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 gewählt. Dieser nimmt auch die etwaige prüferische Durchsicht unterjähriger Finanzberichte vor, sofern eine solche vor der ordentlichen Hauptversammlung 2024 erfolgt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

**h) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend die am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 6 gefassten Beschlüsse der Hauptversammlung über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 6 die Beschlüsse gefasst, Herrn Dr. Rainer Runte, Frau Dr. Regina Engelstädter und Herrn Nicolaus Bocklandt zu Mitgliedern des Aufsichtsrats zu wählen. Die Wahlbeschlüsse sind Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Oberlandesgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 20 U 20/24 geführt wird. Das Landgericht Stuttgart hatte als erstinstanzlich zuständiges Gericht die Beschlussmängelklage mit Urteil vom 16. April 2024 vollumfänglich abgewiesen. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 7 lit. I) beschlossen, die angefochtenen Beschlüsse gemäß § 244 Satz 1 AktG zu bestätigen. Der Bestätigungsbeschluss wurde ebenfalls angefochten und das Anfechtungsklageverfahren ist noch nicht rechtskräftig beendet. Vor diesem Hintergrund schlägt der Aufsichtsrat vor, die folgenden Beschlüsse zu fassen:

- aa) Der am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 6 lit. a) von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Herr Dr. Rainer Runte, Rechtsanwalt am Münchener Standort der Sozietät CMS Hasche Sigle Partnerschaft von Rechtsanwälten und Steuerberatern mbB mit Sitz in Berlin, wohnhaft in München, wird zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt, und zwar mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung am 20. Juni 2023 bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2027 beschließt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

- bb) Der am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 6 lit. b) von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Frau Dr. Regina Engelstädter, Rechtsanwältin und Notarin am Frankfurter Standort der Sozietät Paul Hastings (Europe) LLP mit Sitz in London, wohnhaft in Frankfurt am Main, wird zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt, und zwar mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung am 20. Juni 2023 bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2027 beschließt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

- cc) Der am 20. Juni 2023 unter Tagesordnungspunkt 6 lit. c) von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Herr Nicolaus Bocklandt, Diplom-Volkswirt, wohnhaft in Brüssel (Belgien), wird zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt, und zwar mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung am 20. Juni 2023 bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2027 beschließt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG erneut bestätigt.

Die Lebensläufe von Herrn Dr. Rainer Runte, Frau Dr. Regina Engelstädter und Herrn Nicolaus Bocklandt sind von der Einberufung der Hauptversammlung bis zu deren Schließung über die Internetseite der Gesellschaft unter

<https://www.heckler-koch.com/de/Investor%20Relations/Hauptversammlung>

zugänglich.

- i) **Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 2 gefassten Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 2 den Beschluss gefasst, den im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von EUR 163.457.077,62 zur Ausschüttung einer Dividende in Höhe von EUR 0,06 je dividendenberechtigter Stückaktie, das entspricht bei 35.482.784 dividendenberechtigten Stückaktien einen Gesamtbetrag von EUR 2.128.967,04, zu verwenden und den Restbetrag in Höhe von EUR 161.328.110,58 auf neue Rechnung vorzutragen. Der Gewinnverwendungsbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Landgericht Stuttgart unter dem Aktienzeichen 31 O 78/24 KfH geführt wird. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 2 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Der im festgestellten Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von EUR 163.457.077,62 wird wie folgt verwandt:*

- *Ausschüttung einer Dividende in Höhe von EUR 0,06 je dividendenberechtigter Stückaktie, das entspricht bei 35.482.784 dividendenberechtigten Stückaktien einem Gesamtbetrag von EUR 2.128.967,04,*
- *Vortrag des Restbetrags in Höhe von EUR 161.328.110,58 auf neue Rechnung.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG bestätigt.

**j) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 3 gefassten Beschluss über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 3 den Beschluss gefasst, den im Geschäftsjahr 2023 amtierenden Mitgliedern des Vorstands für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen. Der Entlastungsbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Landgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 31 O 78/24 KfH geführt wird. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 3 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Den im Geschäftsjahr 2023 amtierenden Mitgliedern des Vorstands wird für dieses Geschäftsjahr Entlastung erteilt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG bestätigt.

**k) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend den am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 4 gefassten Beschluss über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 4 den Beschluss gefasst, den im Geschäftsjahr 2023 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen. Der Entlastungsbeschluss ist Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Landgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 31 O 78/24 KfH geführt wird. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 4 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*„Den im Geschäftsjahr 2023 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats wird für dieses Geschäftsjahr Entlastung erteilt.“*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG bestätigt.

**l) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend die am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 8 beschlossene Ablehnung von Beschlussvorschlägen des Aktionärs Andreas Heeschen über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 8 beschlossen, die Beschlussvorschläge des Aktionärs Andreas Heeschen über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern abzulehnen. Die ablehnenden Beschlüsse sind Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Landgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 31 O 78/24 KfH geführt wird. Vor diesem Hintergrund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

- aa) Der am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 8.1 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*"Der Vorschlag des Aktionärs Andreas Heeschen, folgenden Beschluss zu fassen – 'Das Mitglied des Aufsichtsrats Frau Dr. Regina Engelstädter wird mit Wirkung zum Zeitpunkt der Beendigung dieser Hauptversammlung von seinem Amt als Aufsichtsratsmitglied abberufen.' – wird abgelehnt."*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG bestätigt.

- bb) Der am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 8.2 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*"Der Vorschlag des Aktionärs Andreas Heeschen, folgenden Beschluss zu fassen – 'Das Mitglied des Aufsichtsrats Herr Nicolaus Bocklandt wird mit Wirkung zum Zeitpunkt der Beendigung dieser Hauptversammlung von seinem Amt als Aufsichtsratsmitglied abberufen.' – wird abgelehnt."*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG bestätigt.

**m) Bestätigungsbeschluss gemäß § 244 Satz 1 AktG betreffend die am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 9 beschlossene Ablehnung von Beschlussvorschlägen des Aktionärs Andreas Heeschen über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern**

Die Hauptversammlung der H&K AG hat am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 9 beschlossen, die Beschlussvorschläge des Aktionärs Andreas Heeschen über die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern abzulehnen. Die ablehnenden Beschlüsse sind Gegenstand einer Beschlussmängelklage, die derzeit vor dem Landgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 31 O 78/24 KfH geführt wird. Vor diesem Hintergrund schlägt der Aufsichtsrat vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

- aa) Der am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 9.1 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*"Der Vorschlag des Aktionärs Andreas Heeschen, folgenden Beschluss zu fassen – 'Herr Dr. Martin Imbeck, Rechtsanwalt, wohnhaft in Grünwald, wird aufschiebend bedingt auf die Abberufung der Frau Dr. Regina Engelstädter gemäß Tagesordnungspunkt 8.1 mit Wirkung ab Beendigung dieser Hauptversammlung zu einem Mitglied des Aufsichtsrats gewählt. Die Wahl erfolgt gemäß § 8 Absatz 2 Satz 3 der Satzung der Gesellschaft für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des neu gewählten Aufsichtsratsmitglieds für das Geschäftsjahr 2027 beschließt.' – wird abgelehnt."*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG bestätigt.

- bb) Der am 1. Oktober 2024 unter Tagesordnungspunkt 9.2 von der Hauptversammlung gefasste Beschluss mit folgendem Inhalt:

*"Der Vorschlag des Aktionärs Andreas Heeschen, folgenden Beschluss zu fassen – 'Herr Patrick Hennings-Huep, Kaufmann, geboren am 26.07.1970, wohnhaft in Hamburg, wird aufschiebend bedingt auf die Abberufung des Herrn Nicolaus Bocklandt gemäß Tagesordnungspunkt 8.2 mit Wirkung ab Beendigung dieser Hauptversammlung zu einem Mitglied des Aufsichtsrats gewählt. Die Wahl erfolgt gemäß § 8 Absatz 2 Satz 3 der Satzung der Gesellschaft für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des neu gewählten Aufsichtsratsmitglieds für das Geschäftsjahr 2027 beschließt.' – wird abgelehnt."*

wird gemäß § 244 Satz 1 AktG bestätigt.

### III. Weitere Angaben und Hinweise zur Hauptversammlung

#### 1. Voraussetzungen für die Teilnahme an der virtuellen Hauptversammlung und die Ausübung des Stimmrechts

Der Vorstand hat entschieden, dass die Hauptversammlung ohne physische Präsenz der Aktionäre oder ihrer Bevollmächtigten am Ort der Hauptversammlung als virtuelle Hauptversammlung abgehalten wird. Die gesamte Hauptversammlung wird für die angemeldeten Aktionäre und ihre Bevollmächtigten im HV-Portal unter der in Abschnitt I. dieser Einladung genannten Internetadresse in Bild und Ton übertragen.

Zur Teilnahme an der virtuellen Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts (mittels Briefwahl oder durch einen Bevollmächtigten) sind diejenigen Aktionäre der Gesellschaft berechtigt, die sich rechtzeitig zur Hauptversammlung angemeldet ("**Anmeldung**") und der Gesellschaft ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts nachgewiesen ("**Nachweis**") haben. Zum Nachweis reicht ein von einem in- oder ausländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut als depotführendes Institut oder von einem deutschen Notar in Textform auf Deutsch oder Englisch erstellter besonderer Nachweis des Anteilsbesitzes, eine entsprechende Bescheinigung der Gesellschaft oder ein sonstiger, von der Gesellschaft als ausreichend angesehener Nachweis aus. Der Nachweis hat sich auf den Geschäftsschluss des 22. Tages vor der Hauptversammlung, also auf den **17. Juni 2025, 24:00 Uhr (MESZ)**, zu beziehen ("**Nachweiszeitpunkt**"). Die Berechtigung im vorstehenden Sinne bemisst sich ausschließlich nach dem Anteilsbesitz des Aktionärs im Nachweiszeitpunkt, ohne dass damit eine Sperre für die Veräußerung des Anteilsbesitzes einherginge. Auch im Fall der vollständigen oder teilweisen Veräußerung des Anteilsbesitzes nach dem Nachweiszeitpunkt ist für die Berechtigung ausschließlich der Anteilsbesitz des Aktionärs im Nachweiszeitpunkt maßgeblich; d. h. Veräußerungen oder der Erwerb von Aktien nach dem Nachweiszeitpunkt haben keine Auswirkungen auf die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts.

Die Anmeldung und der Nachweis müssen bei der Gesellschaft in Textform in deutscher oder englischer Sprache bis spätestens zum Ablauf des

**2. Juli 2025, d.h. 02.07.2025, 24:00 Uhr (MESZ),**

unter der nachfolgend genannten Postadresse, Telefax-Nummer oder E-Mail-Adresse eingehen:

H&K AG  
c/o Link Market Services GmbH  
Landshuter Allee 10  
80637 München

oder Telefax: +49 (0) 7423 798-2263

oder E-Mail: [inhaberaktien@linkmarketservices.de](mailto:inhaberaktien@linkmarketservices.de)

Nach fristgemäßem Eingang der Anmeldung und des Nachweises unter einer der vorstehend genannten Adressen werden den Aktionären die für die Nutzung des HV-Portals erforderlichen individuellen Zugangsdaten per Post übersandt. Über das HV-Portal unter der in Abschnitt I. genannten Internetadresse können die Aktionäre die Bild- und Tonübertragung der Hauptversammlung verfolgen, ihr Stimmrecht ausüben, Vollmachten erteilen bzw. widerrufen sowie weitere Aktionärsrechte ausüben.

Die Nutzung des HV-Portals durch einen Bevollmächtigten setzt voraus, dass der Bevollmächtigte die entsprechenden Zugangsdaten erhält.

Auch bevollmächtigte Intermediäre, Aktionärsvereinigungen, Stimmrechtsberater und sonstige durch § 135 Abs. 8 AktG gleichgestellte Personen können sich des HV-Portals bedienen. Die Gesellschaft stellt ihnen auf Wunsch einen elektronischen Zugang zur Verfügung.

Bei Nutzung des HV-Portals und Anklicken der Schaltfläche „Betreten der Hauptversammlung“ während der Dauer der virtuellen Hauptversammlung am 9. Juli 2025 sind die Aktionäre bzw. ihre Bevollmächtigten elektronisch zur virtuellen Hauptversammlung zugeschaltet.

## **2. Stimmrechtsausübung durch einen Bevollmächtigten oder mittels Briefwahl**

### **a) Stimmabgabe durch einen Bevollmächtigten**

Die Aktionäre können ihr Stimmrecht nach entsprechender Vollmachtserteilung durch einen Bevollmächtigten, z.B. durch ein Kreditinstitut, eine Aktionärsvereinigung oder einen sonstigen Dritten ausüben lassen. Auch im Falle der Stimmrechtsausübung durch einen Bevollmächtigten sind die fristgemäße Anmeldung zur Hauptversammlung und der Nachweis nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen in Abschnitt III. 1. erforderlich.

Die Erteilung der Vollmacht kann gegenüber dem Bevollmächtigten oder gegenüber der Gesellschaft erfolgen.

Die Erteilung der Vollmacht, ihr Widerruf und der Nachweis der Bevollmächtigung gegenüber der Gesellschaft bedürfen der Textform. Bei Bevollmächtigung eines Intermediärs (z.B. eines Kreditinstituts), einer Aktionärsvereinigung, eines Stimmrechtsberaters oder eines diesen nach § 135 AktG gleichgestellten Rechtsträgers können Besonderheiten gelten, die bei dem jeweils zu Bevollmächtigenden zu erfragen sind. Die Aktionäre werden gebeten, sich in einem solchen Fall mit dem zu

bevollmächtigenden Rechtsträger rechtzeitig wegen einer von ihm möglicherweise geforderten Form der Vollmacht abzustimmen.

Bevollmächtigte – mit Ausnahme des weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreters der Gesellschaft – können ebenso wie die Aktionäre nicht physisch am Ort der Hauptversammlung teilnehmen. Sie können das Stimmrecht für von ihnen vertretene Aktionäre lediglich im Wege der Briefwahl (vgl. Abschnitt III. 2. c) oder durch Erteilung von (Unter-)Vollmacht an den von der Gesellschaft benannten, weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter (vgl. Abschnitt III. 2. b) ausüben. Die Nutzung des HV-Portals durch einen Bevollmächtigten setzt außerdem voraus, dass der Bevollmächtigte vom Vollmachtgeber die Zugangsdaten erhält.

Bevollmächtigungen, deren Widerruf und Vollmachtsnachweise können vor der Hauptversammlung per Post, Fax oder per E-Mail an eine der oben in Abschnitt III. 1. angegebenen Adressen bis zum **8. Juli 2025, 24.00 Uhr (MESZ)**, eingehend übermittelt werden. Später eingehende Bevollmächtigungen, deren Widerruf und Vollmachtsnachweise per Post, Fax oder per E-Mail werden nicht berücksichtigt. Die Aktionäre haben zudem – auch über den 8. Juli 2025, 24.00 Uhr (MESZ), hinaus – die Möglichkeit der Übermittlung von Bevollmächtigungen, deren Widerruf und Vollmachtsnachweisen über das HV-Portal unter der oben in Abschnitt I. angegebenen Internetadresse. Diese Möglichkeit zur Übermittlung von Bevollmächtigungen, deren Widerruf und Vollmachtsnachweisen über das HV-Portal endet mit Ablauf der Hauptversammlung und, soweit es Vollmachten für die Stimmrechtsausübung betrifft, mit dem Zeitpunkt, den der Versammlungsleiter in der Hauptversammlung für die späteste Stimmabgabe festlegt.

#### **b) Stimmabgabe durch weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft**

Die Gesellschaft bietet den Aktionären und deren Bevollmächtigten an, bereits vor oder während der virtuellen Hauptversammlung einen von der Gesellschaft benannten, weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter zu bevollmächtigen. Auch in diesem Fall sind die fristgerechte Anmeldung zur Hauptversammlung und der Nachweis nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen in Abschnitt III. 1. dieser Einladung erforderlich. Der von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter übt das Stimmrecht im Falle der Bevollmächtigung ausschließlich auf Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen aus. Ohne konkrete Weisung des Aktionärs ist der weisungsgebundene Stimmrechtsvertreter nicht zur Stimmrechtsausübung befugt. Ebenso wenig nimmt der von der Gesellschaft benannte, weisungsgebundene

Stimmrechtsvertreter Aufträge zum Einlegen von Widersprüchen gegen Hauptversammlungsbeschlüsse, zum Halten von Redebeiträgen oder zum Stellen von Fragen oder Anträgen entgegen.

Die Aktionäre und deren Bevollmächtigte, die dem von der Gesellschaft benannten, weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter eine Vollmacht mit Weisungen erteilen möchten, können diese in Textform erteilen. Dafür kann das Formular verwendet werden, das den Aktionären nach ordnungsgemäßer Anmeldung zur virtuellen Hauptversammlung zugesandt wird.

Es gibt zwei Möglichkeiten, den von der Gesellschaft benannten, weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter zu bevollmächtigen und diesem Weisungen, wie er abstimmen soll, zu erteilen:

- Die Vollmacht nebst Weisungen für den weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter sowie etwaige Änderungen und der Widerruf derselben sind vor der Hauptversammlung per Post, Fax oder E-Mail an eine der oben in Abschnitt III. 1. dieser Einladung angegebenen Adressen bis zum **8. Juli 2025, 24.00 Uhr (MESZ)**, eingehend zu übermitteln. Später eingehende Bevollmächtigungen und Weisungen (einschließlich deren Änderungen und Widerruf) per Post, Fax oder E-Mail werden nicht berücksichtigt.
- Die Aktionäre und deren Bevollmächtigte haben des Weiteren – auch über den 8. Juli 2025, 24.00 Uhr (MESZ), hinaus – bis zu dem vom Versammlungsleiter in der Hauptversammlung für die späteste Stimmabgabe festgelegten Zeitpunkt die Möglichkeit, die Vollmacht und Weisungen an den von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreter über das HV-Portal unter der oben in Abschnitt I. dieser Einladung angegebenen Internetadresse zu erteilen, zu ändern oder zu widerrufen.

Erhält der von der Gesellschaft benannte, weisungsgebundene Stimmrechtsvertreter für ein und denselben Aktienbestand sowohl per Post, Fax oder E-Mail als auch über das HV-Portal Vollmacht und Weisungen (einschließlich deren Änderung oder Widerruf), werden unabhängig vom Eingangszeitpunkt ausschließlich die über das HV-Portal erteilte Vollmacht und die erteilten Weisungen als verbindlich angesehen.

### c) **Stimmabgabe durch Briefwahl**

Die Aktionäre können ihr Stimmrecht auch im Wege elektronischer Kommunikation nach § 118 Abs. 2 AktG durch sogenannte Briefwahl ausüben. Auch im Fall der Briefwahl sind eine fristgemäße Anmeldung zur Hauptversammlung und ein fristgemäßer Nachweis nach Maßgabe der Bestimmungen in Abschnitt III. 1. dieser

Einladung erforderlich. Bevollmächtigte Intermediäre (z.B. Kreditinstitute), Aktionärsvereinigungen, Stimmrechtsberater oder diesen nach § 135 AktG gleichgestellte bevollmächtigte Rechtsträger können sich ebenfalls der Briefwahl bedienen.

Briefwahlstimmen können ausschließlich im Wege elektronischer Kommunikation über das HV-Portal unter der in Abschnitt I. dieser Einladung angegebenen Internetadresse abgegeben, geändert oder widerrufen werden, und zwar im Vorfeld oder während der Hauptversammlung bis zu dem vom Versammlungsleiter in der Hauptversammlung für die späteste Stimmabgabe festgelegten Zeitpunkt.

**3. Rechte der Aktionäre nach § 122 Abs. 2 und §§ 126 Abs. 1, 127 AktG, Rederecht gemäß §§ 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 7, 130a Abs. 5 und 6 AktG, Auskunftsrecht gemäß §§ 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 4, 131 Abs. 1 AktG, Recht zur Einreichung von Stellungnahmen gemäß §§ 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 6, 130a Abs. 1 bis 4 AktG und Möglichkeit des Widerspruchs gegen Beschlüsse der Hauptversammlung gemäß § 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 AktG**

**a) Verlangen auf Ergänzung der Tagesordnung nach § 122 Abs. 2 AktG**

Gemäß § 122 Abs. 2 AktG können Aktionäre, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von EUR 500.000,00 erreichen, verlangen, dass Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt und bekanntgemacht werden. Jedem neuen Gegenstand der Tagesordnung muss eine Begründung oder eine Beschlussvorlage beiliegen.

Die Antragsteller haben gemäß § 122 Abs. 2 AktG in Verbindung mit § 122 Abs. 1 Satz 3 AktG nachzuweisen, dass sie seit mindestens 90 Tagen vor dem Tag des Zugangs des Verlangens Inhaber der Aktien sind und dass sie die Aktien bis zur Entscheidung des Vorstands über den Antrag halten. Bei der Berechnung des Vorbesitzzeitraums bestehen nach § 70 AktG bestimmte Anrechnungsmöglichkeiten, auf die ausdrücklich hingewiesen wird.

Das Verlangen muss schriftlich an den Vorstand gerichtet werden und bei der Gesellschaft spätestens am **Samstag, den 14. Juni 2025, 24.00 Uhr (MESZ)**, eingehen. Wir bitten, derartige Verlangen an folgende Adresse zu übersenden:

H&K AG  
- Vorstandssekretariat -  
Heckler & Koch-Straße 1  
78727 Oberndorf am Neckar

Bekannt zu machende Ergänzungen der Tagesordnung werden – soweit sie nicht bereits mit der Einberufung bekanntgemacht wurden – unverzüglich nach Zugang

des Verlangens im Bundesanzeiger bekanntgemacht. Sie werden außerdem unter der Internetadresse

<https://www.heckler-koch.com/de/Investor%20Relations/Hauptversammlung>

zugänglich gemacht.

**b) Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären nach §§ 126 Abs. 1, 127 AktG**

Gemäß § 126 Abs. 1 AktG kann jeder Aktionär einen Gegenantrag zu einem Vorschlag von Vorstand und/oder Aufsichtsrat zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung übersenden. Ein Gegenantrag und eine etwaige Begründung sind nach näherer Maßgabe von § 126 Abs. 1 und Abs. 2 AktG auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich zu machen, wenn er bei der Gesellschaft unter der nachfolgend bekanntgemachten Adresse spätestens am **Dienstag, den 24. Juni 2025, 24.00 Uhr (MESZ)**, eingeht.

Jeder Aktionär kann außerdem nach näherer Maßgabe von § 127 AktG der Gesellschaft einen Wahlvorschlag zur Wahl von Abschlussprüfern übermitteln. Ein Wahlvorschlag ist nach näherer Maßgabe von §§ 127, 126 Abs. 1 und Abs. 2 AktG auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich zu machen, wenn er bei der Gesellschaft unter der nachfolgend bekanntgemachten Adresse spätestens am **Dienstag, den 24. Juni 2025, 24.00 Uhr (MESZ)**, eingeht. Wahlvorschläge von Aktionären brauchen nicht zugänglich gemacht zu werden, wenn der Vorschlag nicht die folgenden Angaben enthält: Name, ausgeübter Beruf, Wohnort des zur Wahl Vorge schlagenen.

Wir werden rechtzeitig eingehende Gegenanträge und Wahlvorschläge im Internet unter

<https://www.heckler-koch.com/de/Investor%20Relations/Hauptversammlung>

zugänglich machen, sofern sie den gesetzlichen Anforderungen genügen. Etwaige Stellungnahmen der Verwaltung werden wir ebenfalls unter der genannten Internetadresse zugänglich machen.

Gegenanträge und Wahlvorschläge von Aktionären sind ausschließlich zu richten an:

H&K AG  
c/o Link Market Services GmbH  
Landshuter Allee 10  
80637 München

oder Telefax: +49 (0) 7423 798-2263

oder E-Mail: [inhaberaktien@linkmarketservices.de](mailto:inhaberaktien@linkmarketservices.de)

Von der Gesellschaft zugänglich zu machende Gegenanträge und Wahlvorschläge der Aktionäre gelten nach § 126 Abs. 4 Satz 1 AktG als im Zeitpunkt der Zugänglichmachung gestellt. Zu diesen Anträgen können ordnungsgemäß zur Hauptversammlung angemeldete Aktionäre das Stimmrecht ausüben. Sofern der den Antrag stellende oder den Wahlvorschlag unterbreitende Aktionär nicht ordnungsgemäß legitimiert oder nicht ordnungsgemäß zur Hauptversammlung angemeldet ist, muss der Gegenantrag oder Wahlvorschlag in der Hauptversammlung nicht behandelt werden.

Gegenanträge und Wahlvorschläge sowie sonstige Anträge können darüber hinaus auch während der Hauptversammlung im Wege der Videokommunikation, mithin im Rahmen des Rederechts (dazu unter Abschnitt III. 3.c)) gestellt werden.

**c) Rederecht gemäß §§ 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 7, 130a Abs. 5 und 6 AktG**

Aktionäre bzw. ihre Bevollmächtigten, die elektronisch zu der Hauptversammlung zugeschaltet sind, haben in der Versammlung ein Rederecht, das im Wege der Videokommunikation ausgeübt wird. Ab ca. 1 Stunde vor Beginn der Hauptversammlung können Aktionäre bzw. ihre Bevollmächtigten über das HV-Portal unter der in Abschnitt I. dieser Einladung angegebenen Internetadresse Redebeiträge anmelden. Anträge und Wahlvorschläge nach § 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AktG sowie Auskunftsverlangen nach § 131 AktG können Bestandteil des Redebeitrags sein.

Die komplette virtuelle Hauptversammlung einschließlich der Videokommunikation wird im HV-Portal abgewickelt. Aktionäre bzw. ihre Bevollmächtigten, die ihren Redebeitrag über den virtuellen Wortmeldetisch anmelden wollen, benötigen für die Zuschaltung für den Redebeitrag entweder ein nichtmobiles Endgerät (PC, Notebook, Laptop) mit dem installierten Browser Chrome ab Version 89, Edge ab Version 88 oder Safari ab Version 13.1 oder ein mobiles Endgerät (z.B. Smartphone oder Tablet). Mobile Endgeräte mit ANDROID-Betriebssystem benötigen als installierten Browser Chrome ab Version 89; mobile Endgeräte mit iOS-Betriebssystem benötigen als installierten Browser Safari ab Version 13.1. Für Redebeiträge müssen auf den Endgeräten eine Kamera und ein Mikrofon, auf die vom Browser aus zugegriffen werden kann, zur Verfügung stehen. Eine weitere Installation von Softwarekomponenten oder Apps auf den Endgeräten ist nicht erforderlich. Personen, die sich über den virtuellen Wortmeldetisch für einen Redebeitrag angemeldet haben, werden im HV-Portal für ihren Redebeitrag freigeschaltet.

Die Gesellschaft behält sich vor, die Funktionsfähigkeit der Videokommunikation zwischen Aktionär bzw. Bevollmächtigtem und Gesellschaft in der Versammlung

und vor dem Redebeitrag zu überprüfen und diesen zurückzuweisen, sofern die Funktionsfähigkeit nicht sichergestellt ist.

**d) Auskunftsrecht gemäß §§ 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 4, 131 Abs. 1 AktG**

Jedem Aktionär ist gemäß § 131 Abs. 1 AktG auf Verlangen in der Hauptversammlung vom Vorstand Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben, soweit die Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung eines Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist und kein Auskunftsverweigerungsrecht besteht. Die Auskunftspflicht des Vorstands erstreckt sich auch auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu den mit ihr verbundenen Unternehmen. Des Weiteren betrifft die Auskunftspflicht auch die Lage des Konzerns und der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.

Es ist vorgesehen, dass der Versammlungsleiter festlegen wird, dass das vorgenannte Auskunftsrecht nach § 131 Abs. 1 AktG in der Hauptversammlung ausschließlich im Wege der Videokommunikation, also im Rahmen der Ausübung des Rederechts (dazu unter Abschnitt III. 3. c)), wahrgenommen werden kann.

§ 131 Abs. 4 Satz 1 AktG bestimmt, dass dann, wenn einem Aktionär wegen seiner Eigenschaft als Aktionär eine Auskunft außerhalb der Hauptversammlung gegeben worden ist, diese Auskunft jedem anderen Aktionär bzw. dessen Bevollmächtigtem auf dessen Verlangen in der Hauptversammlung zu geben ist, auch wenn sie zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung nicht erforderlich ist. Im Rahmen der virtuellen Hauptversammlung wird gewährleistet, dass Aktionäre bzw. ihre Bevollmächtigten, die elektronisch zu der Hauptversammlung zugeschaltet sind, ihr Verlangen nach § 131 Abs. 4 Satz 1 AktG im Wege der elektronischen Kommunikation über das HV-Portal unter der in Abschnitt I. dieser Einladung angegebenen Internetadresse während der Hauptversammlung übermitteln können.

Weiter bestimmt § 131 Abs. 5 Satz 1 AktG, dass ein Aktionär, dem eine Auskunft verweigert wird, verlangen kann, dass seine Frage und der Grund, aus dem die Auskunft verweigert worden ist, in die Niederschrift über die Hauptversammlung aufgenommen werden. Im Rahmen der virtuellen Hauptversammlung wird gewährleistet, dass Aktionäre bzw. ihre Bevollmächtigten, die elektronisch zu der Hauptversammlung zugeschaltet sind, ihr Verlangen nach § 131 Abs. 5 Satz 1 AktG im Wege der elektronischen Kommunikation über das HV-Portal während der Hauptversammlung übermitteln können.

**e) Recht zur Einreichung von Stellungnahmen gemäß §§ 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 6, 130a Abs. 1 bis 4 AktG**

Ordnungsgemäß zur Hauptversammlung angemeldete Aktionäre bzw. ihre Bevollmächtigten haben das Recht, bis spätestens zum Ablauf des **Donnerstags, den**

**3. Juli 2025, 24.00 Uhr (MESZ)**, Stellungnahmen zu den Gegenständen der Tagesordnung einzureichen.

Die Einreichung hat in Textform in deutscher Sprache über das HV-Portal unter der in Abschnitt I. angegebenen Internetadresse zu erfolgen. Stellungnahmen dürfen maximal 10.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) umfassen. Die Gesellschaft wird die Stellungnahme bis spätestens zum Ablauf des Freitags, den 4. Juli 2025, 24.00 Uhr (MESZ), unter Nennung des Namens des einreichenden Aktionärs über das HV-Portal unter der in Abschnitt I. angegebenen Internetadresse zugänglich machen.

Stellungnahmen werden nicht zugänglich gemacht, wenn sie mehr als 10.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) umfassen, einen beleidigenden, strafrechtlich relevanten, offensichtlich falschen oder irreführenden Inhalt haben oder der Aktionär zu erkennen gibt, dass er an der Hauptversammlung nicht teilnehmen und sich nicht vertreten lassen wird (§ 130a Abs. 3 Satz 4 i.V.m. § 126 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 6 AktG).

Anträge und Wahlvorschläge, Fragen und Widersprüche gegen Beschlüsse der Hauptversammlung im Rahmen der in Textform eingereichten Stellungnahmen werden in der Hauptversammlung nicht berücksichtigt. Das Stellen von Anträgen und Wahlvorschlägen, die Ausübung des Auskunftsrechts sowie die Einlegung von Widersprüchen gegen Beschlüsse der Hauptversammlung sind ausschließlich auf den in dieser Einladung beschriebenen Wegen möglich.

**f) Möglichkeit des Widerspruchs gegen Beschlüsse der Hauptversammlung gemäß § 118a Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 AktG**

Aktionäre und ihre Bevollmächtigten, die elektronisch zu der Hauptversammlung zugeschaltet sind, haben das Recht, Widerspruch gegen Beschlüsse der Hauptversammlung im Wege der elektronischen Kommunikation zu erklären. Ein Widerspruch kann während der gesamten Dauer der Hauptversammlung bis zum Ende der Hauptversammlung über das HV-Portal unter der in Abschnitt I. angegebenen Internetadresse erklärt werden. Der weisungsgebundene Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft kann keine Widersprüche gegen Beschlüsse der Hauptversammlung zu Protokoll des die Hauptversammlung beurkundenden Notars erklären und kann hierzu auch nicht angewiesen werden.

**4. Unterlagen**

Die unter Tagesordnungspunkt 1 genannten Unterlagen sowie der unter Tagesordnungspunkt 7 genannte Lebenslauf von Herrn Whitehead und die unter Tagesordnungspunkt 8 genannten Lebensläufe sind von der Einberufung der Hauptversammlung an und bis zu deren Ablauf über die Internetseite der Gesellschaft unter

<https://www.heckler-koch.com/de/Investor%20Relations/Hauptversammlung>

zugänglich. Auf Verlangen werden diese Unterlagen jedem Aktionär unverzüglich und kostenlos übersandt. Das Verlangen ist zu richten an:

H&K AG  
c/o Frau Ilona Lehmann  
Heckler & Koch-Straße 1  
78727 Oberndorf am Neckar

oder Telefax: +49 7423 798-2263  
oder E-Mail: [ilona.lehmann@heckler-koch-de.com](mailto:ilona.lehmann@heckler-koch-de.com)

## **5. Datenschutzrechtliche Hinweise**

Die H&K AG verarbeitet als Verantwortlicher zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Hauptversammlung auf Grundlage der geltenden Datenschutzgesetze personenbezogene Daten (insbesondere Vor- und Nachname sowie Anschrift von Aktionären, bei freiwilliger Angabe E-Mail-Adresse und Telefonnummer, Aktienanzahl, Aktiengattung, Besitzart der Aktien, Bevollmächtigungen, Nummer der Eintrittskarte, Zugangsdaten für das Aktionärsportal und ggf. Name, Vorname und Anschrift eines vom Aktionär benannten Bevollmächtigten sowie bei dessen freiwilliger Angabe E-Mail-Adresse und Telefonnummer), soweit dies für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung, für die Ausübung der Aktionärsrechte sowie für die Teilnahme an der Hauptversammlung rechtlich erforderlich ist. Soweit diese personenbezogenen Daten nicht von den Aktionären sowie ggfs. von den Aktionärsvertretern im Rahmen der Anmeldung zur Hauptversammlung angegeben wurden, übermittelt die Anmeldestelle der depotführenden Bank, die die Aktionäre mit der Verwahrung ihrer Aktien beauftragt haben (sogenannter Letztintermediär) die Daten an die H&K AG. Sofern Aktionäre oder ihre Bevollmächtigten mit uns in Kontakt treten, verarbeiten wir zudem diejenigen personenbezogenen Daten, die erforderlich sind, um etwaige berechtigte Anliegen (z.B. Serviceanfragen) zu beantworten und zu bearbeiten.

Die H&K AG überträgt die Hauptversammlung für die vorgenannten Zwecke im HV-Portal und in ein Back-Office und zum Stenographieren der Fragen der Aktionäre und Bevollmächtigten.

### **Verantwortlicher und Zweck**

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist die H&K AG, Heckler & Koch-Straße 1, 78727 Oberndorf am Neckar.

Die Datenverarbeitung dient dem Zweck, den Aktionären und ihren Bevollmächtigten die Ausübung ihrer versamlungsbezogenen Rechte vor und während der Hauptversammlung zu ermöglichen. Die Datenverarbeitung ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Hauptversammlung (z.B. Auszahlung der Dividende an Aktionäre, deren Aktien nicht girosammelverwahrt sind) zwingend erforderlich.

### **Empfänger**

Die Gesellschaft beauftragt anlässlich ihrer Hauptversammlung verschiedene externe Dienstleister. Diese erhalten von der Gesellschaft nur solche personenbezogenen Daten, die für die Ausführung der beauftragten Dienstleistung erforderlich sind, und verarbeiten die Daten ausschließlich nach Weisung der Gesellschaft.

Alle Mitarbeitenden der H&K AG und die Mitarbeitenden der beauftragten Dienstleister, die Zugriff auf personenbezogene Daten von Aktionären, Aktionärsvertretern und Bevollmächtigten, haben und/oder diese verarbeiten, sind verpflichtet, diese Daten vertraulich zu behandeln.

Zudem werden personenbezogene Daten den Aktionären, Aktionärsvertretern und deren Bevollmächtigten, die an der Hauptversammlung teilnehmen, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften am Tag der Hauptversammlung anderen Aktionären, Aktionärsvertretern und Bevollmächtigten über das Teilnehmerverzeichnis zugänglich gemacht, § 129 AktG.

### **Rechtsgrundlage**

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 lit. c) der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit §§ 67e, 118 ff AktG bzw., soweit für den Betrieb des HV-Portals technisch erforderliche Cookies eingesetzt werden, § 25 Absatz 2 Nr. 2 Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz („TDDDG“). Ohne Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist eine Teilnahme an der Hauptversammlung nicht möglich.

Personenbezogene Daten von Aktionären und ggfs. Aktionärsvertretern bzw. Bevollmächtigten kann die H&K AG, soweit dies für die Wahrung berechtigter Interessen der H&K AG im Einzelfall erforderlich ist, auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO verarbeiten (z.B. zur Bearbeitung von Serviceanfragen und Beantwortung von berechtigten Anliegen der Aktionäre, ihrer Vertreter und Bevollmächtigten). Eine Bereitstellung personenbezogener Daten ist insoweit gesetzlich oder vertraglich nicht vorgeschrieben.

Die H&K AG unterliegt darüber hinaus verschiedenen sonstigen rechtlichen Verpflichtungen, die die Verarbeitung personenbezogener Daten von Aktionären bzw. Aktionärsvertretern und Bevollmächtigten erforderlich machen können. Solche rechtlichen Verpflichtungen können sich beispielsweise aus handels- und steuerrechtlichen Vorschriften,

aufsichtsrechtlichen und sanktionsrechtlichen Vorschriften ergeben. Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten stellen in diesem Fall die jeweiligen gesetzlichen Regelungen in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DSGVO dar.

Sofern freiwillig weitere personenbezogene Daten von Aktionären, Aktionärsvertretern oder Bevollmächtigten übermittelt werden, ist die Rechtsgrundlage Art. 7 DSGVO. Die Erteilung der Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

### **Speicherdauer**

Die H&K AG speichert die personenbezogenen Daten, solange dies für die vorstehend beschriebenen Zwecke erforderlich ist, soweit nicht gesetzliche Vorschriften zu einer weiteren Speicherung verpflichten oder eine längere Speicherung im Rahmen von gerichtlichen oder außergerichtlichen Streitigkeiten erforderlich ist.

### **Betroffenenrechte**

Sie haben nach Maßgabe von Kapitel III. der DSGVO ein jederzeitiges Auskunfts-, Berichtigungs- und Löschungsrecht sowie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und ein Recht auf Datenübertragung. Unter bestimmten Voraussetzungen, d.h. wenn personenbezogene Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO verarbeitet werden und die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, können Sie der Verarbeitung außerdem widersprechen. Diese Rechte können Sie über die nachstehend genannten Kontaktdaten geltend machen. Zudem steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO zu. Das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ist im Einzelfall zu prüfen.

### **Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

Marc Stolz  
c/o Hopp + Flaig PartG mbB  
Beratende Ingenieure  
Neue Weinsteige 69/71  
70180 Stuttgart

E-Mail: [stolz@hopp-flaig.de](mailto:stolz@hopp-flaig.de)

**Oberndorf am Neckar, im Mai 2025**

**H&K AG**  
*Der Vorstand*